



Sowie:**Fünftes Gesetz zur Befristung des Landesrechts Nordrhein-Westfalen** 1  
**(Fünftes Befristungsgesetz - Zeitraum 2001 bis Ende 2004)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/6479  
Vorlage 13/3201  
Zuschriften 13/4742, 13/4760

Der Tagesordnungspunkt wird einvernehmlich abgesetzt.

**2 Gesetz zur Änderung des Meldegesetzes für das Land Nordrhein-** 2  
**Westfalen (MG NRW)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/6300  
Zuschriften 13/4601, 13/4665

Der Tagesordnungspunkt wird einvernehmlich abgesetzt.

**3 Antidiskriminierung in NRW: Mobbing in Behörden und Verwaltung** 6  
**präventiv begegnen**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/5669

Der Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 13/5669, wird mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum der FDP bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 13/6675, wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen.

- 4 Gesetz zur besseren Bekämpfung von Kriminalität in Nordrhein-Westfalen (Kriminalitätsbekämpfungsgesetz - KBG NRW)** 7
- Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/6587
- Im Anschluss an eine Aussprache kommt der Ausschuss überein, in der Sitzung am 7. April abschließend zu beraten.
- 5 Einführung von Lebensarbeitszeitkonten für Beamte und Tarifangehörige  
Neue Arbeitszeitmodelle - eine Chance für den öffentlichen Dienst** 11
- Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/6588
- Der Antrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 13/6588, wird ohne Votum an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss weitergeleitet.
- 6 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Beflaggungsverordnung** 12
- Vorlage 13/3229
- Der Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem vorliegenden Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Beflaggungsverordnung befasst. Einwände gegen den Entwurf und die Veröffentlichung der Verordnung wurden nicht erhoben.
- 7 Nachhaltige Vorsorge für Beamtenpensionen ohne politische Zugriffsmöglichkeit** 12
- Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/5035
- In Verbindung damit:

**Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung von Fonds für die Versorgung in Nordrhein-Westfalen (Versorgungsfondsgesetz - EfoG)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/6537

Der Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 13/6537, wird mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum der FDP-Fraktion bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion abgelehnt.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 13/6537, wird mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen

**8 Funktionsbekleidung für die Polizei NRW**

13

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch das Innenministerium entgegen. - Eine kurze Aussprache schließt sich an.

\*\*\*\*\*

## 2 Gesetz zur Änderung des Meldegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (MG NRW)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/6300  
Zuschriften 13/4601, 13/4665

Der **Ausschuss** erörtert zunächst den von **Jürgen Jentsch (SPD)** vorgetragene Wunsch der SPD-Fraktion, die Beratung der unter den beiden Tagesordnungspunkten vorgesehenen Themen in der heutigen Sitzung nicht vorzunehmen. Es bestehe noch interner Beratungsbedarf.

**Karl Peter Brendel (FDP)** kritisiert, dass es der Koalition nicht möglich sei, Inhalte, die eigentlich dem Stand der Technik entsprächen, innerhalb einer vernünftigen Frist abschließend zu beraten. Es verwundere ihn insofern nicht, dass anderen Bereichen auch nichts passiere. Dem Wunsch auf Absetzung schließe er sich für seine Fraktion an.

Es gehe um gute Gesetze und nicht um schnelle Gesetze, erwidert **Monika Düker (GRÜNE)**. Bei der Gelegenheit, so die Abgeordnete, vermisse sie den Antrag der CDU-Fraktion, die den Innenminister dazu aufgefordert habe, über den Beckum-Mord zu informieren. Entsprechendes habe sie nur einer von der CDU-Fraktion initiierten Presseberichterstattung in der Bild-Zeitung entnehmen können.

**Ausschussvorsitzender Klaus Stallmann** legt dar, ein in diese Richtung zielender Tagesordnungspunkt sei nicht vorgesehen. Die Pressemitteilung des Abgeordneten Kruse stamme vom heutigen Tage. Insofern sei es nicht möglich, dass es bereits eine Berichterstattung in der Presse gegeben habe, wie sie die Abgeordnete Düker erwähnt habe.

Vor Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes geht **Staatssekretär Krings (Innenministerium)** sodann gemäß der Ankündigung des Innenministers auf die noch offenen Fragen zur Debatte um die Visa-Affäre während der letzten Plenarsitzung ein. Der Innenminister, so Staatssekretär Krings, befinde sich im Augenblick in der Landespressekonferenz, um zur Kriminalstatistik für das Jahr 2004 Stellung zu nehmen.

Sodann wendet sich Staatssekretär Krings den **Fragen** aus der **Fragestunde** zu:

### Frage des Abgeordneten Josef Hovenjürgen (CDU):

*Haben Sie Erkenntnisse vorliegen, wie sich die Zahl der Touristen, die aus der Ukraine oder den GUS-Staaten stammen, in NRW seit 1999 entwickelt hat?*